

Kampf der Linien bei den Grünen

Beim „Grünen Tag“ waren die Kriegs-Gegner in der Mehrheit / Wirtschaftsprogramm „Wischiwaschi

Allzu viele Mitglieder waren es aber nicht, die den Wirtschaftsteil des neuen Grundsatzprogramms darauf untersuchen wollten, ob sie ihre „grüne Seele“ darin wiederfinden, wie es Kreisrätin Sabine Schlager formulierte. Ein Schlüsselbegriff darin ist die Nachhaltigkeit, angestrebt wird nach wie vor „ein Gleichgewicht zwischen Umweltschutz, sozialer Sicherheit und wirtschaftlicher Dynamik.“ Aber: „Das ist eine Vision, der wir seit zwanzig Jahren nicht nennenswert näher gekommen sind.“

Bewusst, so Schlager, seien „Schreckensbilder“ wie Klimakatastrophe, Waldsterben oder der Abgrund zwischen Arm und Reich ausgespart worden. Man habe darauf verzichtet, „die derzeitigen Akteure im Wirtschaftsleben zu kritisieren und Strukturen zu benennen, die der Vision der Nachhaltigkeit entgegenstehen.“ Warum? „Negativ-Bilder sind zur Zeit nicht in Mode“ und Reizworte wie Parkraumverknappung oder Tempolimit fallen flach.

Vielen von den Anwesenden waren die Formulierungen „zu allgemein“, vor allem der „Wischiwaschi-Begriff“ Nachhaltigkeit. Jürgen Hirning, Gomaringer Gemeinderat, fragte gar in die Run

MÖSSINGEN. Wie kommt Nachhaltigkeit ins Wirtschaftsleben? Kann Krieg eine Lösung sein? Müssen Kommandotruppen ran? Einen ganzen „Grünen Tag“ lang war das Mössinger Jugendhaus M von politischer Debatte erfüllt. Als einer der ältesten Ortsverbände im Land hatten die Mössinger Grünen am Samstag alle im Kreis eingeladen, „denen die Zukunft

de: „Wo unterscheidet sich unser zahnloser Entwurf vom CDU-Grundsatzprogramm?“ Zumindest „setzen wir einen klaren ordnungspolitischen Rahmen, das trennt uns von der FDP“, zum Beispiel beim Dosenpfand. Auch Schlager ist das Papier „an manchen Stellen zu lau“ und „lässt zu viele Interpretationsspielräume. Da passen Oswald Metzger und Sabine Schlager drunter, auch wenn sie in manchen Fragen anderer Meinung sind.“ Allerdings hängt auch ihr „Herz nicht an solchen Papieren“, sie ist vielmehr überzeugt, dass es notwendiger ist, uns die nächsten Politikschritte zu streiten als über gemeinsame Grundsätze.“

Nach dem gemeinsamen Essen machte man sich an die „Diskussion aktueller Ereignisse“, Gabi Dreher-Reeß gab dazu das Stichwort: „Für oder gegen einen Militärschlag.“ Der rasch ausgerufenen „Bündnisfall“ ist

für sie „nicht gegeben“ und „Krieg kann keine Lösung sein.“ Wie sie stört die „Zwanghaftigkeit der Entwicklung“ auch den Mössinger Stadtrat Udo Brunner, der NATO und Amerikanern „gar nichts glaubt“, weil „verlogener Schmuschmä“ schon so oft zur Rechtfertigung herhalten musste. Auch Stadträtin Anneliese Hoeck und ihr Mann Eugen sprachen sich vehement gegen jede militärische Beteiligung von Deutschen aus und stellten sich hinter die Positionen, wie sie Bundestagsabgeordneter Winfried Hermann am gleichen Tag vor dem Länderrat der Grünen vertrat.

„Nix mit der Winne-Linie“ hatte allerdings Andrea Lindlohr vom Kreisvorstand am Hut, die allerlei Vertragswerke anführte, um die Notwendigkeit deutscher Beteiligung zu begründen. Es gelte jetzt, wie Außenminister Fischer es praktiziere,

„die Powell-Linie zu stärken.“ Auch wenn die Amerikaner eine „militärische Drohkulisse“ aufbauten, „es ist ja bisher nichts passiert.“ Mit dem World Trade Center sah sie das „multi-ethnischste Gebäude der Welt“ getroffen, darauf „muss reagiert werden“, wie jetzt mit „chirurgisch“ operierenden Kommandotruppen.. Es werde keinen Einmarsch in Afghanistan geben, das habe ja auch „Rumsfeld an einigen Orten gesagt.“ Der Westen, „der für Demokratie steht“, müsse sich mit der „NATO als Verteidigungsbündnis“ fragen: „Wie schütze ich meine Bürger?“

Alle Diskutanten freuten sich mit dem Landtagsabgeordneten Boris Palmer, dass mittlerweile der „verbalen Aufrüstung“ Einhalt geboten werden konnte und auch das Wort von der „uneingeschränkten Solidarität“ durch Schröder selbst leicht relativiert worden sei. Für Palmer sind „Krieg und militärische Mittel nicht dasselbe“ weshalb der „der Bundestagsfraktion nichts übrig blieb, als ja zu sagen“. Wenn jedoch zukünftig die Maßnahmen, die eingefordert werden, mit dem grünen Selbstverständnis nicht zu vereinbaren sind, „dann muss man die Regierung verlassen.“ *Jürgen Jonas*